



Offshore-Hafen – olé oder adé?

Bei der Energiewende handelt es sich um ein für die Zukunft wichtiges gesamtgesellschaftliches Projekt.

Wir Grünen wollen die Energiewende nicht nur im Strombereich, sondern auch im Verkehrs- und Wärmebereich. Damit dies gelingt ist die Verknüpfung dieser Bereiche (Sektorenkopplung) unverzichtbar. In der Zukunft wird grüner Strom immer mehr auch in den Bereichen Verkehr und Wärme eingesetzt werden, das Ziel ist klar: 100 % Erneuerbare Energien! Wir Grünen sind überzeugt, dass der dadurch steigende Strombedarf in Deutschland, die Energiewende und die Erreichung der Klimaschutzziele nur mit der Offshore-Windenergie vor unseren Küsten gedeckt werden. Bremen und Norddeutschland können bei der Sektorenkopplung Taktgeber sein, denn wir haben die Technik für Windkraft und Elektromobilität, die Innovationskraft unserer Hochschulen und das Potential des Windes und der Speicherung.

Wir Grünen setzen uns daher auf Bundesebene für eine stärkere und beschleunigte Energiewende in allen Bereichen ein. Insbesondere der Ausbau der Windenergie (Offshore und Onshore) muss nach 2017 wieder angehoben werden. Wir wollen spätestens nach der Bundestagswahl ein neues Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Für den Ausbau der Offshore-Windenergie vor den deutschen Küsten wird eine leistungsfähige Hafen-Infrastruktur für die nächsten Jahrzehnte benötigt. Wir Grünen als Partei, die Grüne Fraktion, die Bürgerschaft und der Senat haben früh dieses Potential erkannt und mit entsprechenden Beschlüssen die Grundlage für den Bau eines Offshore-Terminals für die Energiewende gelegt. Klar ist aber auch: Beschlossen, geplant und genehmigt wurde ein Terminal für die Offshore-Windindustrie und kein Schwerlasthafen.

Wir Grünen haben es uns vor ca. sechs Jahren nicht leicht gemacht mit der Entscheidung für den Bau eines Offshore-Terminals (OTB) in Bremerhaven: Denn es galt abzuwägen zwischen der Verschiffung von Offshore-Windkraftanlagen und damit einem Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Erhalt einer ökologisch wertvollen und sensiblen Wattfläche in der Weser, die für viele Vogelarten einen wichtigen Lebensraum bietet.

Die Entscheidung damals fiel im Sinne der Energiewende für den OTB aus, denn damals boomte die Windkraftbranche gerade auch in Bremerhaven. Neben dem Signal für die Offshore-Branche war es auch eine wichtige Infrastrukturprojekt-Entscheidung für die Seestadt - verknüpft mit der Erwartung, dass dadurch neue Arbeitsplätze entstehen.

Seit dieser Entscheidung haben sich aber die Rahmenbedingungen geändert. Der BUND klagt gegen die Planfeststellung, mit einem Urteil wird erst in den nächsten Jahren gerechnet. Darüber hinaus haben sich die Rahmenbedingungen für den Offshore-Bereich negativ entwickelt.

Das sind die Problemfelder:

- Für einen zukunftssträchtigen Offshore-Standort mit Basishafen wären weitere Unternehmensansiedlungen von Vorteil, diese fehlen aber bisher. Die Pleite der WeserWind GmbH wie auch die Entscheidung von Siemens im letzten Sommer, sich mit der Offshore-Sparte in Cuxhaven statt Bremerhaven anzusiedeln, sind nur zwei Bausteine in diesem Puzzle.
- Der Bericht der Planco Consulting GmbH geht davon aus, dass es für die Zukunft des OTB als Offshore-Standort entscheidend ist, dass die Servion GmbH und die Adwen GmbH (als Zusammenschluss der Areva GmbH und der Gamesa AG) in Bremerhaven bleiben und ihre Marktposition deutlich verbessern. Die Erfüllung dieser Bedingung ist angesichts der Entwicklungen in der Offshore-Branche und bei den genannten Firmen aber fraglich. Die beiden in der Seestadt ansässigen Turbinenhersteller müssten für die Wirtschaftlichkeit des OTB ihren deutschen Marktanteil von derzeit zusammen 26 Prozent erheblich ausbauen, während Siemens gleichzeitig seine mit 67 Prozent Marktanteil starke Stellung verlieren müsste. Der Annahme liegt zugrunde, dass die in Bremerhaven ansässigen Unternehmen durch die neue Generation leistungstärkerer Windkraft-Turbinen wesentlich mehr Marktanteile erobern können. Jedoch: Auch Siemens arbeitet bereits an Weiterentwicklungen in diesem Marktsegment. Für einen rentablen Betrieb des OTB ist ferner die Verschiffung von 160 Anlagen pro Jahr als notwendig erachtet worden. Durch die größeren Turbinen müssen ab 2020 unter derzeit festgelegten Bedingungen nur noch zwei Windparks mit je 400 MW pro Jahr errichtet werden – das entspricht allenfalls 50 leistungstärkeren Anlagen.
- Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) wurde vor kurzem im Bundestag novelliert. Die Windenergie wird stark ausgebremst. Die Deckelung der Ausbauziele in den letzten EEG-Novellen (bis 2020 6,5 GW statt 10 GW (-35%), bis 2025 11 GW und bis 2030 15 statt 25 GW (-40%)) sind für die Offshore-Branche prekär und führen zu einem enormen Innovations-, Konkurrenz- und Kostensenkungsdruck. Zudem sollen bis zum Jahr 2021 neue Windkraftanlagen nur in der Ostsee errichtet werden. Außerdem sollen neue Windparks in Zukunft vom Bund ausgeschrieben werden. Mit der EEG-Novelle sind entsprechend die Bedingungen für den OTB nochmals erschwert worden.
- Die Finanzierung des OTB sollte durch Gewinnzuschüsse der BLG und der Bremer Landesbank in Höhe von 50 Millionen teilgedeckt werden. Erstere hat bisher nicht genug Gewinne erwirtschaftet und letztere wird noch bis Jahresende an die Nord LB verkauft.

Was bedeutet das nun für den Bau des OTB?

1. Der OTB ist als Hafen für die Offshore-Industrie beschlossen, geplant und genehmigt worden. Wir Grünen wollen einen Offshore-Terminal für die Energiewende und lehnen einen Schwerlasthafen in einem sensiblen Naturgebiet entschieden ab.
2. Die Wirtschaftlichkeit des OTB für die Energiewende wurde in vielen Gutachten und auch im Rahmen der Planfeststellung untersucht und positiv gesehen. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung, die die Grundlage der jetzigen Planfeststellung ist, hat die negativen Entwicklungen bei den Rahmenbedingungen bisher nicht berücksichtigt. Voraussetzung für einen Bau des OTB ist zum einem, dass das Gericht die Klage des BUND negativ bescheidet, wobei wir Grünen den Senat auffordern, die Beschwerde beim OVG gegen die Aufhebung der sofortigen Vollziehbarkeit der Planfeststellung zurückzuziehen, und zum anderen, dass der OTB wirtschaftlich betrieben werden kann. Dies könnte der Fall sein, wenn Bremerhaven eine der Ausschreibungen für Offshore-Windparks vom Bund gewinnen sollte oder mit einer neuen Bundesregierung nach der Wahl 2017 das EEG zugunsten der Offshore-Branche novelliert werden sollte. Andernfalls erscheint unter den jetzigen Rahmenbedingungen die Wirtschaftlichkeit des OTB fraglich und wird von Kritikern und Experten bezweifelt.

Wir Grünen stehen für einen ehrlichen Umgang mit der Wirtschaftlichkeit des OTB. Wir wollen eine neue fundierte Wirtschaftlichkeitsberechnung, wobei klar sein muss, dass diese aktuelle und realistische Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht von den bisher hierzu tätigen Instituten erstellt werden kann, wenn der laufende Rechtsstreit abgeschlossen ist und vollziehbares Bau-Recht für den OTB vorliegt. Falls der OTB dann nicht wirtschaftlich darstellbar ist, sehen wir in einem Haushaltsnotlageland keine Option, den Bau des OTB noch weiter zu verfolgen. Wir wollen kein OTB-Millionengrab. Die Entscheidung für einen möglichen Bau des OTB oder aber einen Ausstieg aus dem Projekt muss auf validen nachvollziehbaren Datengrundlagen gefällt werden.

3. Mit dem Bau des OTB sollen in Bremerhaven neue Arbeitsplätze entstehen. Sollte der OTB nicht realisiert werden können, muss es für Bremerhaven andere Alternativen geben, um attraktive Arbeitsplätze zu schaffen - sei es in der Tourismusbranche, sei es in der Wissenschafts- und Forschungslandschaft, der Lebensmittelindustrie etc..

Wir Grünen fordern im Sinne einer vorausschauenden Politik, sich auch für dieses Szenario frühzeitig Gedanken über einen Plan B für Bremerhaven zu machen, um für die Seestadt zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.